

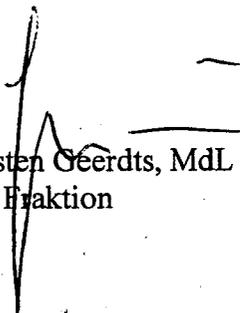
Änderungsantrag zu den Anträgen unter TOP 9.1 und 9.2 der öffentlichen Ratsversammlung am 16.5.2006

**Die Antragstexte werden wie folgt ersetzt:**

Die Ratsversammlung möge beschließen:

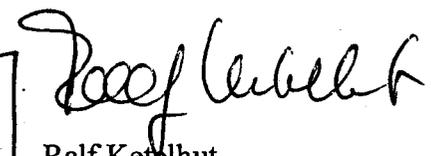
1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, offiziell Gespräche mit dem Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt aufzunehmen, um Kooperationsmöglichkeiten auf der Ebene der beiden Verwaltungen zu entwickeln.
2. Zu prüfen ist dabei insbesondere, welche Verwaltungsaufgaben jeweils von der einen für die andere Stadt miterledigt werden könnten. Aufzuzeigen sind die möglichen Synergieeffekte in Bezug auf Sach- und Personalkosten. Darzustellen ist dabei auch, in welchem Haushaltsjahr welche Reduzierung erwartet wird und wie ggf. eine Personaleinsparung sozial verträglich umgesetzt werden kann.
3. Die Gespräche und Verhandlungen mit der Stadt Norderstedt sollen im Einvernehmen mit dem Kreis Segeberg erfolgen.
4. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, spätestens in der Sitzung der Ratsversammlung am 28.11.2006 einen Bericht über den Stand der Verhandlungen vorzulegen und zeitnah der Ratsversammlung die Ergebnisse der Gespräche darzustellen.

bis spätestens zum

  
Torsten Geerds, MdL  
und Fraktion

  
Hauke Hansen  
und Fraktion

  
Andreas Hering  
und Fraktion

  
Ralf Ketelhut  
und Fraktion

2

Änderungsantrag zu TOP 9.4 der öffentlichen Ratsversammlung am 16.05.06  
Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Kooperation der Feuerwehr, der  
Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes

Der Antragstext wird ersetzt durch:

Die Verwaltung wird beauftragt spätestens in der übernächsten Sitzung des Ausschusses für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz einen schriftlichen Bericht über bisherige Aktivitäten Neumünsters zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich Feuerwehr, Rettungsdienst, Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz mit den umliegenden Gemeinden und Nachbarkreisen (incl. KERN-Region) vorzulegen.

Dabei sollen auch mögliche zukünftige Perspektiven aufgezeigt werden.

Der Stadtfeuerwehrverband und das THW werden gebeten, sich an der Erstellung des Berichtes mit eigenen Gedanken und Vorschlägen zu beteiligen.

*Beate Reiß u. Freilich*

**Sozialdemokratische Rathausfraktion  
der Stadt Neumünster**

Ergänzungsantrag zu TOP 9.5 der öffentlichen Ratsversammlung am 16. Mai 2006

Förderung von Strukturmaßnahmen

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Bau-, Planungs- und Umwelt- sowie dem Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zur Beratung vorzulegen.

Außerdem sind alternative Möglichkeiten zu untersuchen, wie z.B. eine Streckenführung, die nicht über die Bahnübergänge führt. Mit der Bahn sind Verhandlungen zu führen, wie kürzere Schließzeiten an den Bahnübergängen zu erreichen sind.

  
und Fraktion

4

**SPD-Rathausfraktion**

**Ratsversammlung am 16.5.2006**

**Punkt 9.6**

**Änderungsantrag:**

Die RV möge beschließen:

Punkt 1 des Antrags wird gestrichen.

Punkt 2 der Vorlage wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Sinne der Punkte 2.1 bis 2.3 des Ursprungsantrages im Einvernehmen mit dem Personalrat der Stadt Neumünster geeignete Maßnahmen zu entwickeln und der Ratsversammlung über das Ergebnis zu berichten.

Punkt 3 des Antrags wird gestrichen.

**Änderungsantrag zu TOP 20 (Drucksache Nr.: 0933/2003/DS) der öffentlichen Ratsversammlung am 16.05.2006**

Die Ratsversammlung möge folgenden Änderungsantrag beschließen:

**Ziffer 2 soll lauten:**

Das räumliche Entwicklungsbild sowie die im ISEK erarbeiteten Leitziele und Handlungsschwerpunkte werden von der Ratsversammlung als Orientierungsrahmen der zukünftigen Stadtentwicklung zur Kenntnis genommen.

**Ziffer 3 soll lauten:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der fachlichen und räumlichen Handlungsschwerpunkte selbst – soweit erforderlich – weiterführende Fachkonzepte bzw. teilräumliche Entwicklungskonzepte zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Unter dem Vorbehalt ausreichender Haushaltsmittel sollen gegenwärtige und zukünftige Förderprogramme umgesetzt werden.

**Ziffer 4 soll lauten:**

Nach Bedarf ist über den Stand der Umsetzung des Konzeptes von der Verwaltung in Kurzform zu berichten. Arbeitsintensive Controllingsysteme sind dafür nicht einzuführen.

Helga Büchel

Vfg.

6

Rechtsabteilung  
03.341/06

Neumünster, den 17.05.06

TOP 24 der Ratsversammlung vom 16./17.05.05  
Fax von Herrn RH Hauke Hein vom 16.05. (23.38 Uhr)

1.

Vermerk

I.

1. Für Anfragen von Ratsmitgliedern sieht die Geschäftsordnung den Weg der großen und kleinen Anfrage vor. Dieses Verfahren stellt sicher, dass sich die Kommunikation in geordneten Bahnen vollzieht und der Verwaltung Zeit zu solider Vorbereitung und verantwortungsvoller Beantwortung bleibt.
2. Die Rechtsabteilung dürfte kaum dafür zuständig sein, im städtischen Haushaltplan nach allen möglichen Verpflichtungsermächtigungen zu suchen und nach etwaigen zugrunde liegenden Drucksachen, deren Daten und Aktenzeichen zu fahnden. Das von Herrn RH Hahn hier eingegangene Fax wurde insoweit nach Feststellung des Einganges in Kopie dem Fachdienst - 90 - weitergeleitet.

II.

Dies zunächst einmal vorausgeschickt, ist zum konkreten Antrag, wie von den CDU- und FDP-Fraktionen offenbar als Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt 24 der heute fortzusetzenden Ratsversammlung ansteht, aus hiesiger Sicht folgendes zu bemerken:

1. Man hat da gewisse Auslegungsschwierigkeiten:

In der Annahme, dass entsprechendes gewollt sein könnte und vermutlich gewollt sein dürfte, wäre zum besseren Verständnis, den Antrag wie folgt zu formulieren:

**In den Nachtragshaushalt für das Jahr 2006 ist ergänzend eine Verpflichtungsermächtigung über 7.200.000,-- Euro Gefahrenzentrum (GAZ), Sanierungs-, Bau- und Einrichtungskosten mit Sperrvermerk aufzunehmen, die für das Jahr 2007 und 2008 in je einen Haushaltsansatz von bis zu 3.600.000,-- umgewandelt werden soll.**

*weil das in dem HH 2007/2008*

2. Die Rechtslage beurteilt sich nach § 9 der Gemeindehaushaltsverordnung. Der Text einschließlich Ausführungsanweisung und Kommentierung ist beigelegt.

*sa*  
~~erbringen zu~~  
~~haben~~ *einsetzen*  
*zu können*

**Antrag zum Tagesordnungspunkt 24 der öffentlichen Ratsversammlung vom 16.05.2006  
(1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2006)**

1. In den Vermögenshaushalt des Jahres 2006 sind folgende Verpflichtungsermächtigungen (VE) aufzunehmen:

- a) Gefahrenabwehrzentrum (GAZ) Sanierungs-, Bau- und Einrichtungskosten in Höhe von 3.600.000,--€ für das Haushaltsjahr 2007 *VE*
- b) Gefahrenabwehrzentrum (GAZ), Sanierungs-, Bau- und Einrichtungskosten in Höhe von 3.600.000,--€ für das Haushaltsjahr 2008 *VE*

2. Im Vermögenshaushalt 2006 sind Baukosten in Höhe von 25.000,--€ für den ersten Bauabschnitt des Helmut-Loose Platzes vorzusehen.

Begründung:

Um die rechtliche Bindung für die Haushaltsjahre 2007/2008 zu dokumentieren und damit zu einer kontinuierlichen Haushaltswirtschaft beizutragen sind zukünftig geplante Ausgaben als Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt einzustellen.

Für die CDU-Ratsfraktion  
*[Signature]*

Für die FDP-Ratsfraktion  
*[Signature]*  
Sandra Gansen

8

**Ergänzungsantrag zum Antrag der CDU und FDP Rathausfraktion  
zu Top 24 der Ratsversammlung vom 16.05./17.05.2006:**

Die im Antrag genannten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 3.600.000,-- € für die Jahre 2007 bzw. 2008 werden jeweils mit einem Sperrvermerk versehen. Über die Aufhebung des Sperrvermerks kann nur die Ratsversammlung nach Vorliegen der gem. §9 GemHVO benötigten Unterlagen entscheiden.

Für die CDU/Rathausfraktion



Hauke Hahn

**Sozialdemokratische Rathausfraktion  
der Stadt Neumünster**

Änderungsantrag zur Drucksache 0916/003/DS

Erneuerung/Ausbau der Straße am Teich

- Beschluss über Anregungen
- Beschluss über die Entwurfsvariante II

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1.

Bei Verhandlungsgegenstand wird bei Beschluss über die Entwurfsvariante II die II durch I ersetzt, so dass es jetzt heißt: Beschluss über die Entwurfsvariante I

2.

Absatz 1. bleibt unverändert.

3.

In Absatz 2. werden die Worte "sowie zur Wiederverwendung des Granitreihenpflasters in der Fahrbahn" gestrichen. Absatz 2. lautet dann: "Die vorgebrachten Anregungen zur Anlage von Radwegen werden nicht berücksichtigt."

4.

In Abs. 3 wird II durch I ersetzt. Er lautet dann: "Die Ratsversammlung beschließt für den Ausbau der Straße am Teich die Entwurfsvariante I gemäß Vorlage 0804/2003/DS des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses in der Sitzung am 8. Dez. 2005."

*Brigitte Klein*  
und Fraktion